



Konzeptpapier für Afd-Pressekonferenz am 21.08.2017 in Berlin

BFA 4, Arbeitsgruppe Zuwanderung und Asyl

Autor: Hanno Bachmann, Stellv. Vorsitzender des BFA 4

A. Problemanalyse

Unter Berufung auf das Asylrecht sind allein von 2015 bis Mitte 2017 ca. 1,3 Millionen Menschen nach Deutschland gelangt, die wiederum bereits hunderttausend Familienangehörige nachgeholt haben. Die Nettozuwanderung setzt sich bis heute fort und bereits für das zweite Halbjahr 2017 werden wieder steigende Asylbewerberzahlen prognostiziert¹. Wie die Grenzkontrollen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg aufgedeckt haben, gibt es monatlich immer noch Tausende illegale Grenzübertritte². Darüber hinaus droht ab März 2018, wenn die Suspendierung des Familiennachzugs für inzwischen hunderttausende subsidiär Schutzberechtigte endet, eine weitere Zuwanderungswelle.

1. Mit den Folgen dieser Massenzuwanderung ist unser Land strukturell überfordert. Die Asylkrise ist keineswegs ausgestanden, sondern kommt im Alltag der Menschen an und schlägt auf alle Lebensbereiche durch.

Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum verschärft sich massiv

Gerade in den Ballungsgebieten können sich Niedrig- und Normalverdiener sowie Familien mit Kindern die steigenden Mieten immer weniger leisten.³ Der massive Zuzug von zumeist staatlicherseits finanziell unterstützten Asylbewerbern verschärft die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum noch einmal dramatisch. Realistisch ist ein Bedarf an zusätzlich 500.000 bezahlbaren Wohnungen allein für Asylbewerber⁴, tatsächlich fertiggestellt wurden in 2016 aber insgesamt lediglich 240.000 neue Wohnungen⁵.

Die Kriminalität, insbesondere bei den Sexualdelikten, sowie die Terrorgefahr nehmen zu

Die Silvesterexzesse in Köln 2015/16 sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Kriminalität von Asylbewerbern stieg allein 2016 um 53 % an. Nicht zuletzt bei den Sexualdelikten stellt diese Gruppe einen besonders hohen Anteil der Tatverdächtigen⁶. Die Sicherheit im öffentlichen Raum geht vielerorts verloren.

Wie die allesamt von kürzlich eingereisten Asylbewerbern ausgeführten Anschläge von Würzburg, Ansbach und v.a. Berlin in 2016 sowie zuletzt in Hamburg gezeigt haben, steigt im Zuge der

¹ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fluechtlingszahlen-mehr-illegale-migranten-in-zweiter-jahreshaelfte-erwartet-15138875.html>

² <https://www.welt.de/politik/deutschland/article167403377/Polizei-erfasst-Tausende-unerlaubte-Einreisen-in-einem-Monat.html>

³ <https://www.tagesschau.de/inland/wohnungsmangel-101.html>

⁴ <http://www.derhauptstadtbrief.de/cms/113-der-hauptstadtbrief-134/953-kernfrage-ist-die-eingliederung-der-bereits-angekommenen>

⁵ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/Bauen/Bautaetigkeit/Tabellen/Baufertigstellungen.html;jsessionid=418264D1D65A48B79E7B977DA4002247.cae2>

⁶ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article163918666/Zahl-der-tatverdaechtigen-Zuwanderer-steigt-um-52-7-Prozent.html>

unkontrollierten Massenzuwanderung auch das Terrorrisiko. Denn mit ihrer Politik der totalen Grenzeröffnung ermöglicht die Regierung auch Terroristen den ungehinderten Grenzübertritt ohne jede Identitätskontrolle.

Die Überlastung des Bildungssystems führt zu schlechterer Unterrichtsqualität für alle

In den kommenden Jahren ist ein starker Anstieg der Schülerzahlen und damit ein weiter wachsender Bedarf an Lehrern und Schulplätzen zu erwarten⁷. Bereits heute gibt es zu wenige ausgebildete Lehrer, weshalb immer mehr Quereinsteiger eingestellt werden. Überfüllte Klassen und sinkende Unterrichtsqualität sind die Folge. In dieses ohnedies überlastete System werden jetzt auch noch hunderttausende Kinder von Asylbewerbern gepresst, deren mangelnde Sprachkenntnisse einen erfolgreichen Unterricht zusätzlich erschweren.

Die Sozialsysteme werden dauerhaft belastet und die Gesamtkosten sind immens

Der renommierte Ökonom Bernd Raffelhüschen beziffert die langfristigen Kosten des Massenzustroms auf bis zu 900 Milliarden Euro⁸. Ein große Zahl Asylbewerber wird mangels Qualifikation und ohne hinreichende Deutschkenntnisse dauerhaft dem Sozialsystem zur Last fallen, andere werden auch nach jahrelanger Ausbildung allenfalls niedrig qualifizierte Tätigkeiten ausführen können.

Soziale Spannungen und Islamisierung werden noch virulenter

Der massenhafte Zuzug von überwiegend jungen Männern aus fremden Kulturkreisen verschärft noch einmal die ohnedies bestehenden Integrationsprobleme. Die Zunahme sozialer Spannungen und islamistischer Tendenzen ist vorgezeichnet.

Die Verwaltungsgerichte stehen vor dem Kollaps

Immer mehr Asylbewerber versuchen, mit größtenteils aussichtslosen Klagen⁹ ihre Abschiebung hinauszuschieben. Die Verwaltungsgerichte sind infolgedessen hoffnungslos überlastet, inzwischen sind dort deutschlandweit 250.000 Asylverfahren anhängig. Eine Kammer am VG Wiesbaden beispielsweise würde bei den derzeitigen Eingangszahlen sieben Jahre allein dafür brauchen, die neuen Fälle aus dem Jahr 2017 abzuarbeiten¹⁰

2. Die Politik der Bundesregierung bietet keinerlei langfristig tragfähige Lösungen, sondern nur kleinteiliges Stückwerk

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung sind rein punktuell und nicht krisenfest. Wie auch in der Eurokrise geht es allein darum, Zeit zu kaufen und die Probleme zu verschleiern. Regelmäßig

⁷ <https://www.welt.de/wirtschaft/article166546342/Enormer-Handlungsdruck-Viele-Bundeslaender-muessen-komplett-umdenken.html>

⁸ <https://www.welt.de/wirtschaft/article149234485/Fluechtlingskrise-koennte-fast-eine-Billion-Euro-kosten.html>

⁹ Vor dem VG Berlin zum Beispiel betrug die Erfolgsquote in Asylverfahren im 1. Quartal 2017 lediglich 3,6 %

¹⁰ Wirtschaftswoche Nr. 32 vom 04.08.2017, S. 10

werden Vorschläge lanciert, die dann aber nicht umgesetzt werden.

Asylzentren in Afrika – viele Worte, keine Taten

Bereits 2004 brachte der damalige Bundesinnenminister Schily die Idee auf, Asylverfahren künftig in Asylzentren in Afrika durchzuführen, um eine Einreise von Wirtschaftsmigranten in die EU unter dem Vorwand der Asylsuche zu verhindern¹¹. In 2015 war für den damaligen Präsidenten des BAMF, Schmidt, die Errichtung solcher Zentren „nur eine Frage der Zeit.“¹² Und gerade in den letzten Monaten wurde diese Idee vielfach wieder aufgegriffen, so u.a. vom französischen Staatspräsidenten Macron, von diversen Mitgliedern der österreichischen Regierung sowie von deutscher Seite vom Bundesinnenminister De Maiziere¹³. Konkrete Schritte zur Umsetzung stehen jedoch immer noch aus.

Die angekündigte „Abschiebeoffensive“ ist kläglich gescheitert – der Rückstau Abzuschiebender wächst immer weiter

Asylmissbrauch lohnt sich weiterhin, womit ein zentraler (Fehl-)Anreiz für illegale Massenmigration fortbesteht: Obwohl von den 408.000 im 1. Halbjahr 2017 getroffenen Asylentscheidungen nur 45 % positiv ausfielen und damit die Zahl der potentiell ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerber um hunderttausende anstieg, gab es im selben Zeitraum nur 12.500 Abschiebungen und 16.700 freiwillige Ausreisen¹⁴, was einen deutlichen Rückgang gegenüber 2016 bedeutet. Der Überhang an vollziehbar Ausreisepflichtigen wird so immer größer, derzeit sind es 226.000 (BMI lt. FAZ vom 02.08.2017), und bis Jahresende ist mit einem Anstieg auf 450.000 zu rechnen¹⁵.

Eine EU-weite Umverteilung von Asylsuchenden ist ein Irrweg

Die Bestrebungen von Bundesregierung und Europäischer Kommission, anerkannte Asylbewerber auf alle Mitgliedstaaten zu verteilen, sind nicht zielführend. Zum einen wird auf diese Weise eine wirkliche Lösung nur weiter hinausgeschoben, bis in allen Mitgliedstaaten die Verhältnisse infolge der Massenmigration untragbar geworden sind. Zum anderen lehnen wir es als schwerwiegenden Eingriff in die nationale Souveränität ab, Staaten wie Ungarn und Polen dazu zu zwingen, gegen ihren Willen kulturfremde Asylbewerber aufzunehmen.

Die derzeitige Asylpolitik ist nicht human, sondern ungerecht, willkürlich und widersprüchlich

Die Bundesregierung versucht, ihrer Asylpolitik einen humanitären Anstrich zu geben, tatsächlich ist sie aber alles andere als human: Nach Europa gelangen v.a. die Starken, die zudem wohlhabend genug sind, sich eine Schleusung leisten zu können. Eine weitaus größere Zahl besonders Schutzbedürftiger bleibt hingegen zurück. Tausende ertrinken weiterhin jährlich im Mittelmeer, weil sie den von einer falschen Politik gesetzten Anreizen, nach Europa zu gelangen, folgen. Unter die tatsächlich

¹¹ <http://www.faz.net/aktuell/politik/asylpolitik-schily-fuer-fluechtlingslager-in-afrika-1178370.html>

¹² <https://www.welt.de/politik/deutschland/article137751132/Asylzentren-in-Afrika-sind-eine-Frage-der-Zeit.html>

¹³ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/frankreich-fluechtlinge-libyen-hotspots-emmanuel-macron>,
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-der-sichere-ort-ausserhalb-europas/19369188.html>

¹⁴ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/migration-ausreise-freiwillig-abschiebung>

¹⁵ McKinsey-Studie „Rückkehr – Prozesse und Optimierungspotentiale“, vom 09.12.2016, im Auftrag des BMI erstellt

Schutzsuchenden mischen sich überdies Kriminelle und (potentielle) Terroristen, weil fehlende Grenzsicherung und Identitätskontrollen ihnen ermöglichen, ungehindert einzureisen.

Die EU versucht manches, um die Menschen daran zu hindern, von Libyen aus in See zu stechen, sobald sie dann aber auf See sind, bringt man sie nach Europa und damit an ihr eigentliches Ziel. Durch diese widersinnige Politik werden die professionellen Schlepper, welche man angeblich bekämpfen will, tatsächlich gefördert. Denn ihr Geschäftsmodell beruht gerade darauf, dass die EU jedem Asylbewerber die Einreise ermöglicht und auch die allermeisten abgelehnten Antragsteller letztlich bleiben können, sich die Investition in die illegale Einreise mittels Schleusung also typischerweise amortisiert.

Die Massenmigration des 21. Jhd. lässt sich nicht mit dem Recht und den Lösungen des 20. Jhd. bewältigen

Das vorrangig auf den Schutz vor individueller Verfolgung zugeschnittene Asylrecht des 20. Jahrhunderts bietet heute kein geeignetes Instrumentarium mehr. Nicht Verfolgung durch den Staat, sondern archaische Zustände infolge des Fehlens staatlicher Strukturen sind zusehends das Problem. Ökonomische, demographische und soziale Umstände und die daraus resultierenden Konflikte bilden im 21. Jahrhundert eine Mixtur aus Fluchtursachen, die auf Basis einer aufwändigen Einzelfallprüfung auszudifferenzieren immer weniger Sinn ergibt.

3. Das Zuwanderungspotential ist unerschöpflich

Nach einem Geheimpapier deutscher Sicherheitsbehörden warten aktuell 6 Millionen Menschen in der Mittelmeerregion auf die Überfahrt nach Europa¹⁶. Umfragen ergaben, dass 39 % der Einwohner der Subsahara und 23 % aus dem arabischen Bogen auswandern wollen¹⁷. Das sind heute 540 Millionen und hochgerechnet auf die in 2050 zu erwartende Bevölkerungszahl dann 950 Millionen Menschen.

Dabei erhöht selbst ein steigender Lebensstandard zunächst das Zuwanderungspotential, da sich so mehr Menschen eine Schleusung leisten können

B. Lösung

Hilfe vor Ort – wirksamer und fairer

Die Vorstellung, Hilfe sei gleichbedeutend ist mit einer Aufnahme in Deutschland, ist falsch und zudem überholt. Schutzsuchende haben einen Anspruch auf Hilfe, aber nicht auf Einwanderung in ein Land ihrer Wahl. Eine zukunftsweisende Politik konzentriert sich daher auf die Hilfe vor Ort mittels Zuflucht in heimatnahe Schutzzentren.

Damit werden zu deutlich geringeren Kosten weitaus mehr Menschen erreicht, und zwar auch gerade

¹⁶ http://www.focus.de/politik/videos/deutsches-geheimpapier-angeblich-wollen-noch-millionen-fluechtlinge-nach-europa_id_6678805.html

¹⁷ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/bevoelkerungsentwicklung-die-grosse-migrationswelle-kommt-noch-14376333.html>

die, die besonders schutzbedürftig sind, sich die Schleusergebühren für die Überfahrt nach Europa aber nicht leisten können. Von dieser Lösung profitieren sowohl die Ziel- als auch die Herkunftsländer. Deutschland bleiben die mit weiterer Massenzuwanderung verbundenen sozialen Verwerfungen erspart, während die Herkunftsländer davon profitieren, dass ihre z.B. für den Wiederaufbau dringend benötigten Bürger nach Wegfall des Fluchtgrundes zeitnah zurückkehren können. Für die Flüchtenden schließlich ist eine heimatnahe Zuflucht am einfachsten zu erreichen und sie finden dort eine ihnen vertraute Kultur vor.

Asylzentren sind der erste Schritt, vollwertige Schutzzentren der zweite

Asylzentren in Nordafrika¹⁸ durchbrechen den Automatismus, dass jeder, der es auf das Mittelmeer schafft, auch in die EU kommt. Die meisten der derzeit nach Italien übersetzenden Afrikaner sind Wirtschaftsflüchtlinge, ihr Asylbegehren kann bereits in den Asylzentren geprüft und abgelehnt werden. Auch können schon in der EU befindliche Asylbewerber, die nach Ablehnung ihres Antrages ihre Identität verschleiern oder von ihrem Herkunftsstaat nicht zurückgenommen werden, in diese Asylzentren überführt werden. Berechtigte Antragsteller werden zunächst noch von den hierzu bereiten EU-Mitgliedstaaten aufgenommen.

Mittelfristig müssen Schutzbedürftige und dabei insbesondere Bürgerkriegsflüchtlinge, mit deren Aufnahme Europa angesichts ihrer großen Zahl überfordert ist, in heimatnahen Schutzzentren¹⁹ für die gesamte Dauer des Konfliktes Zuflucht finden können. Aus diesen Schutzzentren übernommen werden dann nur noch vom UNHCR und den jeweiligen Aufnahmestaaten ausgewählte besonders Schutzbedürftige (zB christliche oder jesidische Familien). Das heute schon existente Resettlement-Verfahren²⁰ wird so zur einzigen Grundlage einer Einwanderung aus humanitären Gründen.

Humanitäre Mindeststandards, aber kein deutsches Sozialstaatsniveau

In den Schutzzentren müssen Flüchtende angemessene Lebensbedingungen vorfinden, deren Maßstab aber nicht das deutsche Sozialstaatsniveau sein kann. Insbesondere der Schulbesuch der Kinder sowie die Möglichkeit der Erwachsenen, eine Ausbildung zu absolvieren, müssen gewährleistet sein.

C. Forderung

¹⁸ Anreize für deren Akzeptanz können die weitest mögliche Beteiligung einheimischer Arbeitskräfte bei Aufbau und Betrieb der Zentren, eine großzügig bemessene Kompensation sowie verbesserte Handels- und Visakonditionen sein. Positivbeispiel ist die Türkei, die für die Beherbergung von Millionen Syrern Milliarden von der EU erhält.

¹⁹ Ein Beispiel für ein solches Zentrum ist Bidi-Bidi in Uganda, wo Flüchtende aus dem Südsudan ein Stück Land und eine Ausbildung erhalten, s. <http://plus.faz.net/politik/2017-07-24/zwischen-lehmhuetten-und-plastikplanen/35039.html>

²⁰ Resettlement soll die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten ermöglichen. Die Betroffenen haben in dem Land ihrer ersten Zuflucht keine Perspektive auf Integration noch auf eine Rückkehr in ihr Herkunftsland. Der sogenannte Resettlement-Bedarf wird vom UNHCR festgestellt. Die Resettlement-Flüchtlinge erhalten einen Aufenthaltstitel nach §23 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz und müssen kein Asylverfahren durchlaufen. Auswahlkriterien sind in der Regel:

- Wahrung der Einheit der Familie; familiäre oder sonstige integrationsförderliche Bindungen nach Deutschland
- Integrationsfähigkeit (wie etwa Grad der Schul-/Berufsausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse)
- Grad der Schutzbedürftigkeit

Mittelmeerroute schließen²¹ – heimatnahe Schutzzentren aufbauen

Die Bundesregierung steuert sehenden Auges auf die nächste Asylkrise zu. Auch zwei Jahre nach dem Beginn der irregulären Massenmigration nach Europa fehlt es an krisenfesten und auf Dauer angelegten Lösungen. Unser Konzept hierfür sowie die ersten Schritte zu dessen Umsetzung wollen wir Ihnen heute präsentieren.

Wir fordern:

- die sofortige Einsetzung eines mit umfassenden Vollmachten und Mitteln ausgestatteten Sonderbeauftragten anlässlich des „Vierergipfels“ in Versailles am 28.08.2017²², der im Auftrag der EU bis Jahresende die Einrichtung von Asylzentren in hinreichend stabilen nordafrikanischen Staaten aushandelt (im Sinne einer Grundsatzvereinbarung),
- einen klaren Schwenk in der Kommunikation dahingehend, die Menschen von der lebensgefährlichen Überfahrt nach Europa abzuhalten: Dies mittels der Festlegung, dass jeder, der nach dem 1.9.2017²³ illegal als Asylbewerber in die EU – insbesondere über das Mittelmeer – einreist, für sein Asylverfahren in das erste in Nordafrika eröffnete Asylzentrum verbracht wird,
- die deutsche Marine nicht mehr wie bisher für Schlepperdienste, sondern im Verbund mit libyscher und italienischer Marine ausschließlich dafür einzusetzen, die irreguläre Migration über das Mittelmeer zu stoppen²⁴,
- für absehbare Dauer die Wiedereinführung von umfassenden Kontrollen an der deutschen Grenze.

Die Vorzüge unserer Lösung noch einmal zusammengefasst:

- Deutschland gewinnt die Kontrolle über die Zuwanderung zurück und kann diese gemäß den eigenen Interessen gestalten.
- Niemand ertrinkt mehr im Mittelmeer und dem Schlepperunwesen wird die Grundlage entzogen.
- Schutzsuchenden wird geholfen, aber nicht um den Preis der Destabilisierung Deutschlands.
- Nach Wegfall des Fluchtgrundes können Geflüchtete zeitnah in ihre Heimat, wo sie dringend benötigt werden, zurückkehren.

²¹ Von 70 % der Bürger gefordert, s. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article167673517/7-von-10-Deutschen-wollen-Mittelmeerfluechtlinge-zurueckschicken.html>

²² Der neue französische Präsident Emmanuel Macron hat das Thema Flüchtlingspolitik hoch auf seine Agenda gesetzt und für den 28. August Merkel, Gentiloni und den spanischen Regierungschef Mariano Rajoy zum Vierergipfel nach Versailles geladen. (<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlingspolitik-im-wahlkampf-wie-sich-die-asylpolitik-aendern-koennte/20179586.html>)

²³ Die knapp bemessene Frist dient der Vermeidung einer einen weiteren Massenexodus auslösenden Torschlusspanik

²⁴ Mittels Ortung von Schleuserbooten und Weitergabe von deren Position an die jeweilige Küstenwache